



Ein neues Projekt führt Schulen und Einrichtungen bürgerschaftlichen Engagements zusammen

TEXT Stephan Schwieren / Johannes Uschalt | FOTO Adobe Stock

Mit dem Projekt »Einmischen!« entsteht ein neues Angebot in Bayern, das auf politisches Lernen und praktische Demokratieerfahrungen ausgelegt ist: Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 8 bis 10 wählen einen aktuellen gesellschaftlichen Problembereich aus, um ein eigenes Projekt an der Schule oder im näheren Umfeld zu realisieren, bei dem sie sich engagieren können. Vier zentrale Themen stehen dabei zur Auswahl:

- **Klimawandel,**
- **Diskriminierung,**
- **soziale Gerechtigkeit und**
- **Demokratiegefährdung.**

In einem zweitägigen Workshop und in Kooperation mit Ehrenamtlichen aus einer zivilgesellschaftlichen Einrichtung stärken die Schüler ihr Bewusstsein für gesellschaftliche Probleme und demokratische Werte. Gleichzeitig sammeln Jugendliche so zivilgesellschaftliche Erfahrungen und lernen ehrenamtliches Arbeiten und Einrichtungen bürgerschaftlichen Engagements kennen.

Das Projekt »Einmischen!« startet zum Schuljahr 2021 / 22 und läuft bis mindestens Ende 2023. Beteiligen können sich Klassen oder Arbeitsgruppen von Mittel- und Realschulen sowie Gymnasien in ganz Bayern. Initiiert wurde »Einmischen!« von den folgenden Institutionen:

- dem **Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern (LBE e. V.),**
- der **Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (BLZ),**
- der **Stiftung Wertebündnis Bayern,**
- dem **Bayerischen Realschullehrerverband (brlv)**
- und fünf weiteren Partnern.

Das Projekt wird durch den Lehrstuhl für Politikdidaktik der Universität Eichstätt evaluiert. Schirmfrau des Projekts ist Eva Gottstein, die Ehrenamtsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung.

Kontakt und Anmeldung:

Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern
Stephan Schwieren
Tel.: 0911 810 129 - 19
E-Mail: schwieren@lbe-bayern.de

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Johannes Uschalt
Tel.: 089 9 54 11 54 33
E-Mail: Johannes.Uschalt@blz.bayern.de
www.einmischen.org



»Wir wollen eine Brücke schlagen zwischen Theorie und Praxis – von der politischen Bildung hin zum bürgerschaftlichen Engagement«

TEXT Stephan Schwierern / Johannes Uschalt | FOTOS Giulia Ianicelli, BLZ, privat

Einmischen bedeutet selbst aktiv werden

Interview mit Dr. Andrea Taubenböck (*Stiftung Wertebündnis Bayern*), Rupert Grübl (*BLZ*) und Dr. Thomas Röbbke (*LBE e. V.*)

Dr. Andrea Taubenböck

Geschäftsführerin der Stiftung Wertebündnis Bayern (*München*)



Vom Bayerischen Ministerpräsidenten initiiert, hat sich dieses bundesweit einmalige Bündnis seit seiner Gründung im März 2010 zu einem Erfolgsmodell entwickelt, um Werteorientierung und Wertebildung bei jungen Menschen zu fördern.

www.wertebuendnis-bayern.de



Rupert Grübl

Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (*BLZ, München*)



Die BLZ ist die zentrale staatliche Einrichtung für die politische Bildung in Bayern. Sie hat die Aufgabe, auf überparteilicher Grundlage das Gedankengut der freiheitlich-demokratischen Staatsordnung im Bewusstsein der Bevölkerung zu fördern und zu festigen. Im September 2020 wurde eine Außenstelle in Augsburg eröffnet, um Kinder, Jugendliche wie auch Erwachsene über Gefahren für die Demokratie durch die digitale Welt aufzuklären. Diese wird sich verstärkt der Bekämpfung von politischem Extremismus in den sozialen Medien annehmen.

www.blz.bayern.de



Dr. Thomas Röbbke

Geschäftsführer des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern e. V. (*LBE Bayern e. V., Nürnberg*)



Von der Familienberatung über den Sportverein bis zur Seniorenarbeit: Bürgerschaftliches Engagement hat viele Gesichter. Bei aller Vielfalt und Unterschiedlichkeit der unzähligen Aktivitäten in Vereinen, Projekten und Initiativen gibt es Informationen und Ideen, die für alle wichtig und interessant sind. Das LBE trägt diese zusammen, stellt sie anderen zur Verfügung und initiiert den Austausch zwischen unterschiedlichsten Partnern. So können alle Beteiligten von der Netzwerkarbeit profitieren.

www.lbe.bayern.de



Frau Dr. Taubenböck, welche Werte wollen Sie mit Ihrem Projektförderungen stärken, was ist die Grundidee dahinter? Passt das Projekt »Einmischen« dazu?

Dr. Andrea Taubenböck: Wir wollen Demokratie stärken, Teamgeist, Verantwortung, aber auch Vertrauen, Selbstwertgefühl, Solidarität, eine ganze Bandbreite von Werten und das Projekt Einmischen passt da ganz wunderbar hinein. Es ermutigt dazu gesellschaftliche Herausforderungen zu identifizieren, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten und tatsächlich etwas beizutragen zu gesellschaftlichen Veränderungen oder Verbesserungen. Besonders gut gefällt mir daran, dass

wir die Brücke schlagen zwischen Theorie und Praxis. Von der politischen Bildung zum bürgerschaftlichen Engagement: Junge Menschen führen in Zusammenarbeit mit NGOs, Vereinen, Verbänden, Stiftungen ein konkretes Engagementprojekt durch. Sie handeln tatsächlich, sie werden aktiv. Dadurch erleben sie, dass jeder Einzelne einen Unterschied machen kann. Junge Menschen brauchen vor allem Vertrauen, Zutrauen in das Funktionieren unseres Staates, um Radikalisierungen, Abwendungen von der Gemeinschaft zu verhindern, und das gewinnt man dadurch, dass man stabile Lebensverhältnisse bietet, dass man Einblick gewährt, wie unser gesellschaftliches Zusam-

menleben funktioniert. Dass man im öffentlichen Raum Erfahrung sammelt. Ich glaube, dass dieses Projekt genau da ansetzt. Dass man Vertrauen schaffen kann in die eigenen Fähigkeiten und auch in das Funktionieren unserer Gesellschaft.

Herr Grübl, die Landeszentrale ist einer der Projektträger beim Projekt »Einmischen«. Es geht es um politisches Engagement von jungen Menschen. Warum glauben Sie, gibt es jetzt den Bedarf, ein solches Projekt zu starten?

Rupert Grübl: Ich weiß nicht, ob der Bedarf erst jetzt entstanden ist. Ich möchte gern an das anknüpfen, was Frau Dr. Taubenböck gesagt hat. Ich habe fast 30 Jahre als Lehrer an bayerischen Gymnasien gearbeitet und jedes Jahr auch zehnte Klassen in Sozialkunde unterrichtet. Dabei stößt man auf eine Skepsis: »Politik – was ist das überhaupt? Das interessiert mich ja eigentlich gar nicht.« Ich habe festgestellt, dass die Einstellungen wie Schüler ans Thema Politik herangehen, etwas damit zu tun hat, dass die jungen Leute glauben, dass die dort oben in Berlin oder in München mit ihnen hier unten eh machen, was sie wollen. Es geht also darum, die jungen Leute zu überzeugen, dass dem nicht so ist.

Es gibt viele Möglichkeiten des sich »Einmischens«. Wichtig ist dabei, dass wir den jungen Leuten ein Gefühl von Selbstwirksamkeit vermitteln. Junge Leute müssen erleben, dass das, was sie tun, wirkt. Auch in die Politik hinein wirkt. Das sie vielleicht nicht beim Gipfeltreffen von Biden und Putin dabei sein können, aber dass sie, wenn sie bereit sind, sich zu engagieren, durchaus die Möglichkeit haben, sich einzubringen. Und da ist eben das Ehrenamt von ganz großer Bedeutung. Und wenn es uns mit unserem Projekt Einmischen gelingt, jungen Leuten ein Gefühl von Selbstwirksamkeit zu vermitteln, dann haben wir viel gewonnen.

Herr Dr. Rübke, welche Erfahrungen und Perspektiven bringt das Landesnetzwerk mit ein? Wie nehmen Sie das wahr: Braucht es eine Brücke zwischen dem Ehrenamt und den Schulen und auch zwischen Ehrenamt und jungen Menschen?

Dr. Thomas Rübke: Ja, unbedingt braucht es diese Brücken. Wir haben ja im Titel unserer Organisation das »bürgerschaftliche Engagement«, das ist eine bestimmte Bedeutung von Ehrenamt. Ehrenamt ist auch eine Beteiligung an politischem Gemeinwesen. Wir haben den Auftrag, das Ehrenamt als bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Deswegen freut es uns natürlich sehr, dass wir mit dem neuen Projekt eine starke Gemeinschaft an dieser Stelle bilden. Uns sind zwei Dinge wichtig: Im neuen Freiwilligensurvey wurde gefragt, wie es mit den demokratischen Einstellungen im bürgerschaftlichen Engagement aussieht und da kam sehr signifikant heraus, dass Menschen, die sich engagieren, eine deutlich größere Affinität zu den demokratischen Institutionen unseres Gemeinwesens haben als Menschen, die sich nicht engagieren. Das zeigt doch, dass die Stärkung von Demokratie und das Bürgerschaftliche Engagement für das Gemeinwesen in unmittelbarer Verbindung stehen. Und das zweite ist die Schule, die ein ganz wesentlicher Ort ist, an dem man nicht nur Mathe und Deutsch lernt, sondern auch eine Einstellung zu unserem Gemeinwesen. Das ist nicht im Trockenschwimmkurs zu erhalten. Das gelingt doch nachhaltig besser, wenn die Jugendlichen tatsächlich selber erfahren, was das Gemeinwesen um sie herum ist. Die Initiati-



ven einer Tafel oder von einer Umweltgruppe. So kriegt man schon einmal mit, wie man in unserer Gesellschaft mit dem Thema Klimaschutz oder mit Armut umgeht.

Sie haben alle über den Wert, dass Jugendliche sich beteiligen, und über die Bedeutung von Vertrauen gesprochen. Ist denn »Einmischen« für Sie ein Wert an sich? Und welche Form von Einmischen brauchen wir?

Grübl: Im Deutschen Kaiserreich hieß es: Schweigen ist die erste Bürgerpflicht. In einer Demokratie bedeutet es das Gegenteil. Einmischen, sich engagieren, den Mund aufmachen ist erste Bürgerpflicht. Macht hat die Tendenz, immer mächtiger werden zu wollen. Macht hat die Tendenz sich zu verselbständigen und es gilt in einer Demokratie Möglichkeiten zu schaffen, wo sich die Menschen einmischen und sich einbringen können, damit Macht kontrolliert wird. Machtkontrolle ist ein ganz wichtiger Bestandteil von Demokratien. Dafür ist es wichtig, dass wir die jungen Leute dazu bringen, sich einzumischen.

Taubenböck: Ich sehe es genauso. Einmischen ist tatsächlich demokratische Partizipation. Eine Demokratie funktioniert ja nur, wenn Demokraten sich daran auch beteiligen, wenn sie ihr Partizipationsrecht auch ausüben. Und wenn ich eben gesagt habe, dass es darum geht, Vertrauen zu schaffen, dann meine ich damit nicht, dass nur affirmativ bestehende Strukturen gestützt werden müssen. Da ist der Ansatz dieses Projekts ein ganz anderer, denn der geht von gesellschaftlichen Herausforderungen und Veränderungsbedarf aus. Wenn es gelingt, Jugendliche in die Lösungsfindungen zu diesen komplexen Problemen wie dem Klimawandel einzubeziehen, dann macht sie das fit für die Zukunft: Es beteiligt sie an unserem Gemeinwohl und darum, glaube ich, muss es gehen.

Rübke: Einmischen ist eine wichtige Haltung. Einmischen heißt, ich bringe meine eigenen Kompetenzen und Interessen ein, aber ich achte auch die anderen Farben. Ich denke auch in der Perspektive des Gegenübers. Demokratie, wenn sie funktionieren will, kann ja nicht allein in Parlamenten funktionieren oder in Lobbyisten, die dann vor den Parlamenten stehen und ihre Interessen durchsetzen, sondern es muss im Alltag gelebt werden. In den Jugendgruppen, außerschulisch, in der Schule selbst, in der Familie. Ich bin noch in der Zeit groß geworden, wo es hieß: Solange Kinder die Füße unter den Tisch zu Hause stellen, machen sie, was der Vater sagt. Heute ist das in den Familien in den meisten Fällen ganz anders. Auch eine Familie muss aushandeln und das sind die Humusschichten, auf denen dann die demokratischen Institutionen funktionieren. Einmischen ist die wesentliche Haltung, die man in der Bildung kommunizieren und bilden muss.



»Einmischen« setzt an der Schule an. Es wird auch von den Lehrern abhängen, ob Projekte gestartet und umgesetzt werden. Warum sollen sich die Lehrkräfte diesen Schuh auch noch anziehen und solch ein Projekt wie »Einmischen« neben ihrem Alltag managen?

Röbke: Ich bin nie Lehrer gewesen, aber natürlich war ich Schüler und verfolge das Bildungsthema aufmerksam. Ich verstehe sehr wohl, dass Lehrer sehr oft das Gefühl der Überforderung haben. Aber da will das Projekt ja genau ansetzen: Es wird ihnen gezeigt, »das musst du nicht alles selber organisieren. Du hast kompetente Partner vor Ort, die dir dabei helfen.« Das ist das eine und das zweite ist: Beteiligung und demokratische Partizipation ist kein Add-On, sondern was wir bei Einmischen machen, ist zentraler Bestandteil des Bildungsauftrags. Ihr müsst nicht noch extra was dazudenken.

Taubenböck: Ich bin auch gelernte Gymnasiallehrerin und von daher spreche ich auch aus eigener Erfahrung. Ich weiß natürlich, dass es einen immer ärgert als Lehrerin, wenn die Gesellschaft alles, was nicht funktioniert, den Schulen aufbürdet und sagt: Ihr müsst es reparieren. Man muss als Lehrer tatsächlich eine große Bandbreite an Fähigkeiten haben, um allen gerecht zu werden. Ich sehe es aber noch aus einer anderen Perspektive: Lehrkräfte haben aus meiner Erfahrung oft das Gefühl, sie dürfen sich auf das politische Feld aus Gründen der Neutralität, aus Gründen des Beutelsbacher Konsenses* usw. nicht wagen. Hier müssen wir die Lehrkräfte unterstützen und ihnen den Mut geben: Natürlich dürft ihr euch in diesem Feld betätigen. Junge Leute wollen sich auch an Haltungen, an Vorbildern reiben können.

Grübl: Ich glaube, dass der Beutelsbacher Konsens* es uns nicht nur nicht verbietet, uns politisch zu äußern, sondern uns gerade auffordert, das zu tun, wenn es darum geht, unsere gemeinsamen Werte, unsere Grundrechte und unser Grundgesetz zu verteidigen.

Bei »Einmischen« werden große Themen angesprochen: Klimawandel, Diskriminierung, soziale Ungerechtigkeit und Extremismus. Wie kann es hier gelingen, dass man das Gefühl bekommt, wie Sie so schön gesagt haben, »mein Tun wirkt«? Was sind Chancen und was sind die Gefahren, wenn wir die Jugendlichen an solchen Themen arbeiten lassen?

Taubenböck: Ich glaube, der Knackpunkt an diesem Projekt ist, dass man von Anfang an Projekte auswählt, die auf die großen Themen abzielen, aber dennoch vom Ansatz her so überschaubar gestaltet sind, dass man etwas im Kleinen bewegen kann, was aber ein Mosaikstein für die Lösung eines großen gesellschaftlichen Problems darstellt.

Grübl: Ja, das wird ganz wichtig sein, für unser Projekt die richtigen Themen zu finden, um die jungen Leute nicht zu frustrieren. Sie nicht an zu große Themen herangehen zu lassen, an denen sie einfach nur scheitern müssen. Wobei ich aber schon der Meinung bin, dass das Anerkennen der eigenen Grenzen und die Förderung der Frustrationstoleranz Aufgabe von Erziehung und auch von politischer Bildung sein müssen.

Röbke: Bei Einmischen geht darum, dass der schulische Bildungsauftrag mit dem Auftrag des bürgerschaftlichen Engagements, sich im Gemeinwesen zu engagieren, gut miteinander verbunden wird. Dafür ist der Begriff »Einmischen« genial gewählt. Man mischt sich nämlich in beide Richtungen ein: Man mischt sich in die Zivilgesellschaft ein, aber man mischt sich auch in die Schule ein. Das eröffnet in gewisser Weise auch neue Perspektiven.

Zum Abschluss die Frage: Was erwarten Sie und erhoffen Sie sich von dem Projekt?

Taubenböck: Ich würde mir wünschen, dass junge Menschen den Schritt hin zum bürgerschaftlichen Engagement tun und dabei erkennen, dass sie dadurch selbst profitieren, aber auch die Gesellschaft als Ganzes.

Grübl: Ich verbinde meine Antwort mit einer aktuellen Frage: Wird die Schule jetzt in der Post-Corona-Zeit eine reine »Paukschule«, um den gesamten Stoff nachzuholen? Das muss schon irgendwie geschehen, aber ich hoffe, dass genau dieser Fehler jetzt nicht gemacht wird. Ich hoffe, es wird auch gefragt: Was macht Schule denn aus? Natürlich ist der Unterricht das Kernelement von Schule, aber zur Schule gehört so viel mehr. Zur Schule gehört das soziale Miteinander, das soziale Lernen, das Lernen »en passant«. Dazu gehören solche Projekte wie Einmischen. Ich hoffe, dass unser Projekt dazu beiträgt, dass Schule zu einem Normalbetrieb kommt, bei dem solche Projekte dazugehören. ♦

FUSSNOTE

Beutelsbacher Konsens

Der sogenannte »Beutelsbacher Konsens« wurde in den 1970er-Jahren entwickelt und formuliert drei zentrale didaktische Leitgedanken für die politische Bildung:

1. Überwältigungsverbot

Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der »Gewinnung eines selbständigen Urteils« zu hindern.

2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.

Unterschiedliche Standpunkte dürfen nicht unter den Tisch fallen, Optionen nicht unterschlagen werden oder Alternativen unerörtert bleiben. Zu fragen ist, ob der Lehrer nicht sogar eine Korrekturfunktion haben sollte, d. h. ob er nicht solche Standpunkte besonders herausarbeiten muss, die den Schülern von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind.

3. Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren.

Er soll auch nach Wegen suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. Eine solche Zielsetzung schließt in sehr starkem Maße die Betonung operationaler Fähigkeiten ein, was eine logische Konsequenz aus den beiden zuvor genannten Prinzipien ist.

QUELLE:

Hans-Georg Wehling (1977): Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch. In: Siegfried Schiele / Herbert Schneider (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart, S. 173–184, hier S. 179 f.